Bernd Bode*

Juristische Chronik: Rechtsprechung zum Genossenschaftsrecht 2018/19**

1 Einführung

Im Anschluss an die Darstellung in ZfgG 2018, Seite 139ff wird nachfolgend eine kurze Dokumentation der in den Jahren 2018 und 2019 bekannt gewordenen Rechtsprechung zum Genossenschaftsrecht gegeben. Wegen der Fülle der Entscheidungen wird der Inhalt in Leit- und Orientierungssätzen wiedergegeben.

Wie bereits seit vielen Jahren zu beobachten, liegt der Schwerpunkt der prozessualen Streitigkeiten bei vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen anlässlich des Ausscheidens von Mitgliedern. Hier wird mit den verschiedensten Argumenten versucht, höhere Abfindungszahlungen als die bloße Rückzahlung der ausgewiesenen Geschäftsguthaben zu erlangen. Dabei stehen auch Fragen der Auskunftspflicht und Rechenschaftspflicht der Genossenschaft gegenüber dem ausgeschiedenen Mitglied, das ja an der Feststellung der maßgeblichen Bilanz nicht mehr teilhat, im Zentrum.

Hinzuweisen ist auf eine weitere Entscheidung zum 2017 eingeführten Mindestkapital gemäß § 8a GenG bei einer Genossenschaft und einer ersten Entscheidung zum Beteiligungsfonds, der zwar seit 1973 gebildet werden könnte, bisher aber noch nie Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung war.

Der BGH hat sich im Berichtszeitraum mehrfach und vor allem mit Fragen der Satzungsgestaltung und -auslegung beschäftigt. Im Hinblick auf seine Entscheidung über die Kündigungszuständigkeit für Vorstandsverträge liegt nun die Klärung einer seit der Novelle 2017 offenen Streitfrage von großer praktischer Bedeutung vor.

Abgerundet wird der Überblick durch einige Entscheidungen, die zwar nicht das Genossenschaftsgesetz betreffen, doch wegen des Bezuges auf die eingetragene Genossenschaft für die Praxis von Bedeutung sind.

*Kontaktperson: Dr. Bernd K. Bode, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Leiter Abteilung Grundsatzfragen Recht beim Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e.V., E-Mail: bernd.bode@genossenschaftsverband.de

**Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die Kurzfassung der juristischen Chronik von Dr. Bernd Bode, die in der ZfgG Heft 70/2 erschienen ist. Der ausführliche Beitrag kann über unseren Verlag De Gruyter angefordert werden:

<https://www.degruyter.com/view/journals/zfgg/zfgg-overview.xml>

2 Organisationsrecht der Genossenschaft

1. Kündigung eines Vorstandsvertrages, § 39 GenG

Die gesetzliche Zuständigkeit zur fristlosen Kündigung des Dienstverhältnisses mit dem Vorstandsmitglied einer Genossenschaft liegt bei deren General- oder Vertreterversammlung. Die Neufassung von § 39 I GenG durch das Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts vom 14.08.2006 (BGB I S. 1911) hat daran nichts geändert.

BGH vom 02.07.2019, Az. II ZR 155/18¹

2. Bestellung eines Notvorstandes

Die Notvorstandsbestellung für die Genossenschaft ist gemäß § 17 Nr. 2 RPfIG dem Richter vorbehalten. Eine Bestellung durch den Rechtspfleger ist unwirksam und im Beschwerdeverfahren ohne inhaltliche Prüfung aufzuheben.

OLG Stuttgart vom 06.03.2019, Az. 9 W 49/19²

3. Bestellung eines Nachtragsliquidators

Die Bestellung eines Nachtragsliquidators bei einer Genossenschaft ist trotz fehlender Regelung im GenG hierzu möglich. Sie richtet sich nach § 273 Abs. 4 AktG analog. Der Geschäftswert beträgt € 5.000, wenn es nur um die Löschung einer einzelnen Grundschuld, deren Gläubiger die Genossenschaft ist, geht.

AG Charlottenburg vom 08.03.2018, Az. GenR 70 B³

4. Vertretung einer führungslosen Genossenschaft

Keine Befugnis eines einfachen Mitgliedes einer Genossenschaft zur Rücknahme eines Insolvenzantrages bei führungsloser Genossenschaft nach Ablauf der Amtszeit des Vorstandes, der das Insolvenzverfahren beantragt hatte.

AG Hannover vom 09.08.2019, Az. 903 IN 381/18⁴

5. Haftung des Vorstandes und D&O-Versicherung, § 34 GenG

Die Gewährung von unbesicherten bzw. nicht ausreichend besicherten Darlehen in Zeiten der Krise der eigenen Gesellschaft (drohende Insolvenz) stellt ein

¹ DB 2019, 1840, WM 2019, 1599, NZG 2019, 1023, ZIP 2019, 1716, DStR 2019, 2091, BB 2019, 1985, Bespr.: EWIR 2019, 517 Bayer/Möller, Bespr.: GWR 2019, 363 Stubenrauch

² NJW-RR 2019, 483, NZG 2019, 545, Rpfleger 2019, 459, ZIP 2019, 1618, Bespr.: GWR 2019, 178 Geissler

³ ZIP 2018, 1078, NZG 2018, 948

⁴ ZInsO 2018, 1982-1988, InsbÜO 2018, 484

Verhalten dar, das mit den Grundsätzen eines wirtschaftlich handelnden und den buchhalterischen Grundsätzen verpflichteten Vorstands bzw. Geschäftsführers einer Genossenschaft nicht zu vereinbaren ist. Die laufende Prüfung der Bonität der Darlehensnehmer und die Prüfung der Werthaltigkeit der Zahlungsansprüche sowie die Gewährung von Darlehen nur unter Bestellung ausreichender Sicherheiten gehört zu den fundamentalen Grundregeln der beruflichen Tätigkeiten eines Geschäftsleiters. Werden diese nicht beachtet, liegt eine wissentliche Pflichtverletzung vor, so dass aus einer D&O-Versicherung keine Deckung besteht.

LG Wiesbaden vom 06.03.2019, Az. 5 O 234/17⁵

6. Vertretung der Genossenschaft bei der Vereinbarung eines Eintrittsgeldes, § 27 GenG

Die Vereinbarung des Genossenschaftsvorstandes über ein Eintrittsgeld anlässlich des Beitritts des Mitgliedes zur Genossenschaft ist nach § 27 Abs. 2 GenG auch wirksam, wenn die Satzung der Genossenschaft hierfür die Beschlussfassung der Generalversammlung vorsieht und diese fehlt.

LG Lüneburg vom 24.06.2019, Az. 10 O 18/19 (n.rkr)⁶

7. Anfechtung von Beschlussfassungen in der Generalversammlung, § 51 GenG

Nichtig sind Beschlüsse einer Generalversammlung:

- Über die Entlastung eines Vorstandes einer Genossenschaft, wenn die Beschlussfassung zuvor nicht angekündigt worden war;
- zur Wahl eines früheren Vorstandes in den Aufsichtsrat einer Genossenschaft, wenn der Vorstand nicht zuvor wirksam entlastet wurde.

In den Aufsichtsrat einer Genossenschaft kann auch ein Nichtmitglied gewählt werden. Der Gewählte hat im Fall der Annahme seiner Wahl die Pflicht, beizutreten, und das Recht, als Mitglied aufgenommen zu werden. Mit der Aufnahme als Mitglied wird die Wahl wirksam.

Es bleibt offen, ob ein Mitglied einer Genossenschaft die gerichtliche Feststellung der Nichtigkeit eines Aufsichtsratsbeschlusses verlangen kann.

OLG Hamm vom 10.04.2019, Az. 8 U 98/18⁷

5 r + s 2019, 455 mit Anmerkung Fortmann.

6 unveröffentlicht

7 ZIP 2020, 22, NJW-Spezial 2019, 497, NZG 2019, 1059, Bespr.: EWiR 2019, 719 Schulteis

3 Ausscheiden eines Mitgliedes

1. Außerordentliche Kündigung, Widerruf des Beitritts, §§ 65, 15 GenG

Das außerordentliche Kündigungsrecht nach § 65 Abs. 3 GenG bei einer längeren Kündigungsfrist als zwei Jahre besteht nur unter Abwägung der Zumutbarkeit im Einzelfall. Die Beweislast für den Erwerb der Mitgliedschaft in einer Haustürsituation und den darauf gestützten Widerruf der Beitrittserklärung trägt das Mitglied.

OLG München vom 10.10.2018, Az. 860/18⁸

2. Ausschluss aus der Genossenschaft, § 68 GenG

- a) Der Streitwert einer Klage gegen den Ausschluss aus der Genossenschaft wird vom Wert des Geschäftsanteils bestimmt.

BGH vom 11.09.2018, Az. II ZR 37/18⁹

(Mit dieser Entscheidung des BGH wird der Rechtsstreit des Klägers vor dem OLG Brandenburg beendet. Dieses hatte durch Urteil vom 28.12.2017, Az. 6 U 40/16, den Ausschluss des Klägers aus der Genossenschaft für wirksam erachtet¹⁰.)

- b) Ein Ausschluss aus der Genossenschaft wegen Verbreitens einer Wahlempfehlung zur Vertreterversammlung durch ein Mitglied ist in der Regel unverhältnismäßig und unwirksam. Bei einer Wohnungsgenossenschaft, bei der mit dem Verlust der Mitgliedschaft auch der Verlust der Wohnung zu besorgen ist, hätte es vor einem Ausschluss einer Abmahnung mit entsprechender Androhung bedurft.

OLG Hamburg vom 25.06.2018, Az. 11 U 13/18¹¹

- c) Ein Mitglied, welches die Einrichtungen der Kreditgenossenschaft nicht nutzt, kann aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden.

LG Düsseldorf vom 31.08.2018, Az. 3 T 2/18¹²

⁸ ZinsO 2018, 2753, NJW-Spezial 2019, 34

⁹ veröffentlicht in juris und der Entscheidungsdatenbank des BGH

¹⁰ veröffentlicht in juris und der Entscheidungsdatenbank Berlin-Brandenburg

¹¹ veröffentlicht in juris und der Entscheidungsdatenbank Hamburg; ZMR 2018, 966

¹² unveröffentlicht

3. Automatischen Beendigung der Mitgliedschaft durch vertragliche Vereinbarung, § 65 GenG

Bedingungen, bei deren Eintritt die Mitgliedschaft in der Genossenschaft von selbst endet, können nicht außerhalb der Satzung einzelvertraglich vereinbart werden.

BGH vom 15.05.2018, Az. II ZR 2/16¹³

4 Auseinandersetzung mit dem Mitglied nach dem Ausscheiden

1. Satzungsregelungen zur Einschränkung der Auszahlung des Geschäftsguthabens, Mindestkapital § 73 Abs. 4 GenG, § 8a GenG

- a) Eine Satzungsregelung einer Genossenschaft zur Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens erst nach Räumung der Wohnung ist gegenüber einem Insolvenzverwalter über das Vermögen des Mitgliedes nach Treu und Glauben unwirksam.

BGH vom 26.04.2018, Az. IX ZR 56/17¹⁴

- b) Satzungsregelungen zu einem Mindestkapital sind nichtig, wenn sie die Genossenschaft bei der Berechnung des Auseinandersetzungsguthabens zu einem satzungswidrigen Vorgehen zwingen.

Die Satzungsänderung einer Genossenschaft, durch welche ein Mindestkapital eingeführt wird, erfasst den Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben auch bei solchen Genossen, welche bei Wirksamwerden der Satzungsänderung bereits die ordentliche Kündigung ihrer Mitgliedschaft erklärt haben, jedoch wegen der noch laufenden Kündigungsfrist noch nicht aus der Genossenschaft ausgeschieden sind.

OLG Stuttgart vom 06.06.2018, Az. 3 U 195/17¹⁵

¹³ DB 2018, 1521, WM 2018, 1183, BB 2018, 1488, ZIP 2018, 1232, NZG 2018, 787, ZInsO 2018, 1570, NJW-RR 2018, 933, Bespr.: EWiR 2018, 453 Bayer/Selentin

¹⁴ ZIP 2018, 1256, NZG 2018, 790, DB 2018, 1723, NJW 2018, 2259, Bespr.: EWiR 2018, 593 Holzer

¹⁵ NZG 2018, 910, NJW-RR 2018, 1192, ZIP 2019, 74-78, Bespr.: EWiR 2018, 747 Schulteis

2. Kürzung des Auseinandersetzungsanspruches bei Verlust, § 73 Absatz 2 GenG

Eine Genossenschaft kann den Auseinandersetzungsanspruch eines ausgeschiedenen Mitgliedes bei entsprechender Satzungsregelung um einen anteilmäßigen Betrag eines Verlustvortrages kürzen, soweit die maßgebliche Bilanz vorschriftsmäßig und nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt ist.

LG Kiel vom 11.09.2018, Az. 12 O 403/17¹⁶

3. Auskunftsansprüche des Mitgliedes zur Berechnung des Auseinandersetzungsanspruches, § 73 GenG

- a) Einsichtsrechte eines ausgeschiedenen Mitglieds einer Genossenschaft im Hinblick auf Bilanzen, Prüfungsberichte und Versammlungsprotokolle bestehen nur eingeschränkt.

OLG Schleswig vom 05.09.2018, Az. 9 U 43/18¹⁷

- b) Dem ausgeschiedenen Mitglied steht zur Ermittlung seines Abfindungsanspruches ein Anspruch auf Vorlegung der Jahresbilanz zu; ein umfassendes Auskunfts- und Einsichtsrecht aus den §§ 810, 242 BGB in alle maßgeblichen Unterlagen der Genossenschaft steht dem ausgeschiedenen Mitglied nicht zu.

LG Kiel vom 11.09.2018, Az. 12 O 403/17¹⁸

4. Ansprüche auf Rücklagen oder Gewinnvortrag neben dem Geschäftsguthaben, § 73 Absatz 2 und 3 GenG

- a) Die Regelungen zur Abfindung beim Ausscheiden aus einer Genossenschaft sind in § 73 Abs. 2 GenG abschließend getroffen; ein über die Rückzahlung der Geschäftsguthaben hinausgehender Anspruch wegen der Einbringung von Vermögen anlässlich der Umwandlung einer LPG in die Genossenschaft besteht - vorbehaltlich einer abweichenden Satzungsregelung - nicht.

Brandenburgisches OLG vom 13.03.2019, Az. 7 U 35/17¹⁹

- b) Die Regelungen zur Abfindung beim Ausscheiden aus einer Genossenschaft sind in § 73 Abs. 2 GenG abschließend getroffen; ein über die Rückzahlung der Geschäftsguthaben hinausgehender Anspruch wegen

16 unveröffentlicht

17 juris, Bespr.: GWR2019, 45 Schulteis

18 unveröffentlicht

19 unveröffentlicht

hoher Rücklagenbeträge bei einer Kreditgenossenschaft besteht - vorbehaltlich einer abweichenden Satzungsregelung - nicht.

OLG Braunschweig vom 26.03./03.06.2019, Az. 11 U 121/18²⁰

- c) Wirksamkeit einer Satzungsregelung zum Verfall von Auszahlungsansprüchen aus einem Beteiligungsfonds gem. § 72 Abs. 3 GenG bei pflichtwidrigen Handlungen gegenüber der Genossenschaft.

LG Potsdam vom 01.03.2018, Az. 51 O 61/16 (n. rkr.)²¹

- d) Ein ausgeschiedenes Mitglied hat keinen Anspruch auf anteilmäßige Auskehr eines Gewinnvortrages, über dessen Verwendung die Generalversammlung der Genossenschaft noch nicht beschlossen hat.

LG Stendal vom 02.10.2018, Az. 23 O 267/17 (n. rkr.)²²

5. Keine analoge Anwendung der Regelungen des GenG auf Personengesellschaften

Die Regelungen zum Ausscheiden eines Mitgliedes aus einer Genossenschaft sind wegen ihrer Besonderheiten auch im Hinblick auf die Auseinandersetzung nicht analog auf andere Rechtsformen übertragbar (hier Publikumpersonengesellschaft).

BGH vom 06.02.2018, Az. II ZR 1/16²³

5 Prüfungsverband

1. Beteiligung eines Mitgliedes an Pensionslasten beim Ausscheiden

Scheidet ein am 31.12.1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkanntes Unternehmen aus dem Prüfungsverband, dem es angehört, aus, beinhaltet seine Verpflichtung, dazu beizutragen, dass die bis zum 2. August 1988 von dem Verband gegebenen Versorgungszusagen erfüllt werden können, eine unbedingte, bedarfsunabhängige Zahlungspflicht gegenüber dem Verband, jedenfalls sofern dieser seinerseits auf Altzusagen beruhende Versorgungsleistungen erbringt.

BGH vom 07.05.2019, Az. II ZR 5/17²⁴

²⁰ NZG 2020, 22, NJW-Spezial 2019, 753, Bespr.: GWR 2019, 385 Schulteis

²¹ NZG 2019, 68

²² unveröffentlicht

²³ DB 2018, 947, WM 2018, 771, ZIP 2018, 778, NZG 2018, 577, NJW-RR 2018, 615 BB 2018, 833, Bespr.: EWiR 2018, 359 Nolting/Battke

²⁴ WM 2019, 1137, DB 2019, 1438, ZIP 2019, 1164, NZG 2019, 1185

2. Satzungsregelung zur Inanspruchnahme von Prüfungsleistungen, § 55 Absatz 4 GenG

Eine Satzungsregelung eines genossenschaftlichen Prüfungsverbandes über die Verpflichtung eines Mitgliedes zur Inanspruchnahme von Prüfungsleistungen des Verbandes ist unwirksam, wenn sie keine Übergangsregelung zur Weitergeltung einer getroffenen Vereinbarung zur Prüfungsdurchführung mit einem Zweitverband vorsieht.

Es ist möglich, in der Verbandssatzung zu regeln, dass für die Prüfungszuständigkeit nur das in § 55 Abs. 4 GenG geregelte Prioritätsprinzip gilt und abweichende vertragliche Vereinbarungen nicht möglich sind.

LG Hannover vom 07.10.2019, Az. 1 O 210/18²⁵

6 Prozessrecht

1. Aufsichtsratsmitglied als Handelsrichter

Gehört ein Handelsrichter dem Aufsichtsrat einer der Prozessparteien (hier: Genossenschaft) an, begründet dies einen Ablehnungsgrund wegen Besorgnis der Befangenheit.

OLG Frankfurt vom 30.08.2018, Az. 6 W 79/18²⁶

2. Streit zwischen Mitgliedern anlässlich eines Insolvenzverfahrens

Die Klage eines Genossenschaftsmitgliedes gegen andere Mitglieder auf Schadenersatz, weil diese ihr privates Vermögen mit dem der Genossenschaft vermischt haben, unterfällt bei Insolvenz der Genossenschaft dem Anwendungsbereich des § 93 InsO. Nur der Insolvenzverwalter ist zur Geltendmachung solcher Ansprüche auf persönliche Haftung eines Genossenschaftsmitgliedes berechtigt.

LG Stuttgart vom 05.04.2019, Az. 3 O 85/17²⁷

(Die Entscheidung betrifft eine Wohnungsgenossenschaft und steht im Zusammenhang mit der kurz vor deren Insolvenzeröffnung ergangenen Entscheidung des OLG Stuttgart vom 6.6.2018 (3 U 195/17), über die oben unter IV Nr. 1 berichtet worden ist.)

25 NZG 2020, 230 Bespr. von Zabel NZG 2020, 218

26 NJW-RR 2018, 1404, NZG 2019, 597

27 veröffentlicht in juris und der Entscheidungsdatenbank Baden-Württemberg

7 Sonstiges

1. Grundrechtsfähigkeit der Genossenschaft

Genossenschaften sind im Kern Selbsthilfeeinrichtungen (vergleiche § 1 GenG), und danach grundsätzlich nicht materiell Teil des Staates, auch wenn sie Fördermittel oder Steuerbegünstigungen erhalten. Genossenschaften sind Grundrechtsträger.

OVG Berlin-Brandenburg vom 02.07.2019, Az. 9 N 40.18²⁸

2. Steuerberater als Vorstandsmitglied

Ein Mitglied eines Vorstandes einer Kreditgenossenschaft kann zugleich Steuerberater sein.

BVerwG vom 11.07.2018, Az. 10 B 16.17²⁹

(Mit der Zurückweisung der Nichtzulassungsbeschwerde wird die Entscheidung des OVG Münster vom 15.05.2017, Az. 4 A 2197/13 (siehe: Juristischen Chronik 2017 Nr. 2.13)³⁰ rechtskräftig.)

3. Abführungsverpflichtung bei Aufsichtsratsstantien

Für die sich aus der Abführungsverpflichtung für Aufsichtsratsstantien gemäß Gewerkschaftssatzung gegenüber hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären ergebenden Ansprüche der Gewerkschaft ist der Rechtsweg zu den Gerichten für Arbeitssachen nicht gegeben. Der Anspruch beruht nicht auf dem Arbeitsverhältnis, und es ist auch nicht durch dieses bedingt.

LAG Sachsen-Anhalt vom 23.05.2019, Az. 3 Ta 56/18³¹

4. Informationsrechte eines Betriebsrates an Genossenschaftsorgane

Kein Recht des Betriebsrates zur regelmäßigen Information von Aufsichtsrat und Mitgliedern der Vertreterversammlung einer Genossenschaft.

LAG Berlin-Brandenburg vom 24.08.2018, Az. 9 TaBV 157/18³²

²⁸ NJ 2019, 394, juris und Entscheidungsdatenbank Berlin-Brandenburg

²⁹ AnwBl 2018, 616, Stbg 2018, 517, DStR 2019, 182

³⁰ in ZfgG 2018, 139, 152

³¹ BB 2019, 1971, AuR 2019, 487

³² BB 2018, 2804